



**Dorothee Schiwy**  
Sozialreferentin

Herrn Stadtrat  
Karl Richter

BIA

Rathaus

02.05.2018

### **Der Städte- und Gemeindebund rät zum Zuzugsstopp – was nun, Herr Reiter?**

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO  
Anfrage Nr. 14-20 / F 01161 der BIA  
vom 26.03.2018, eingegangen am 26.03.2018

Az.: D-HA II/V1 160-1-0081

Sehr geehrter Herr Stadtrat Richter,

in Ihrer Anfrage vom 26.03.2018 führen Sie Folgendes aus:

„Vor wenigen Wochen, am 22.01.2018, empfahl die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Münchner Rathaus der LHM in einem Antrag (StR-Antrags-Nr. 14-20 / A 03756), vor dem Hintergrund wachsender Probleme im Gefolge des „Flüchtlings“-Zustroms beim Freistaat einen Zuzugsstopp etwa nach dem Muster der Stadt Cottbus und einer Reihe weiterer Kommunen zu beantragen. Der Antrag befindet sich noch in Bearbeitung, jedoch ist die ablehnende Haltung der LHM in der Frage eines Zuzugsstopps hinlänglich bekannt. Neuerdings empfiehlt nun jedoch auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund den Kommunen, die Aufnahme weiterer „Flüchtlinge“ notfalls zu verweigern, und bestätigt damit die Position der BIA. Medien zitieren den Hauptgeschäftsführer des Städtebundes, Gerd Landsberg, mit der Feststellung: „Wenn die Belastungen objektiv zu groß sind, sollte man einen solchen Zuzugsstopp verhängen, um eine Überforderung zu vermeiden.“ Zuvor hatte bereits der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) Verständnis für Kommunen gezeigt, die die Aufnahme weiterer „Flüchtlinge“ ablehnen: „Es gibt objektiv ein Problem, was die Integration angeht.“ Es fehlten beispielsweise Plätze in Kindergärten und Schulen. Davon vermag auch die LHM ein Lied zu singen, von erschwinglichem Wohnraum,

der auch in München nicht zuletzt wegen des anhaltenden Zustroms von „Flüchtlingen“ in den Wohnungsmarkt Mangelware ist, gar nicht zu reden. Die Frage eines Zuzugsstopps, wie ihn nunmehr auch der Städtebund nahelegt, stellt sich für München mithin dringender denn je (Zitate nach:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article174872661/Ungleiche-Verteilung-Staedtebund-plaedierte-fuer-Zuzugsstopp-fuer-Fluechtlinge.html>; zuletzt aufgerufen: 26.03.2018, 03.45 Uhr; KR). - Es stellen sich Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 26.03.2018 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

**Frage 1:**

Wie positioniert sich die LHM angesichts der Empfehlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in der Frage eines Zuzugsstopps für „Flüchtlinge“ in die bayerische Landeshauptstadt? Inwieweit sieht die LHM Veranlassung, ihre Haltung zu überdenken?

**Antwort:**

Die LHM sieht keine Veranlassung ihre Haltung hinsichtlich der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen zu überdenken, da die Rahmenbedingungen in den meist sehr viel kleineren Kommunen des Städte- und Gemeindebundes nicht mit denen in München zu vergleichen sind.

**Frage 2:**

Wie vermag die LHM – abseits der üblichen Stereotypen, Hilfe- und Schutzsuchenden müsse pauschal Unterstützung geboten werden etc. etc. – der Öffentlichkeit gegenüber ihr ungebrochenes Bekenntnis zu noch mehr Zuwanderung und „Integration“ zu begründen, obwohl auch in München Engpässe und Defizite bei der „Integration“ längst unübersehbar sind, von den immensen Kosten, die dem Steuerzahler dafür zugemutet werden, ganz abgesehen?

**Antwort:**

Auch der größte Teil der Münchner Stadtgesellschaft steht dem Thema Zuwanderung von Flüchtlingen weiterhin positiv gegenüber, was zum einen aus dem immer noch ungebrochenen hoch engagierten bürgerlichen Engagement bei der Integration und vielfältigen positiven Rückmeldungen aus der Bürgerschaft abzulesen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dorothee Schiwy  
Berufsm. Stadträtin